



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die preußische Politik.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sten Gruppe heben wir zum Schlusse noch die erste Art der eigentlichen schwebenden Schuld hervor, die Wechselschuld, welche dadurch gebildet wird, daß die Verwaltung auf die Bank zieht und bei Verfall deckt (oder auch nicht deckt). Da hier keine Forderung des Staates an die Bank besteht, so ist diese Art, sich Geld zu machen, die ganz gemeine Wechselkreiterei und unsere „Wissenschaft“ ist daher auch der Meinung, daß diese Art nur in geheimen Beziehungen oder in vereinzeltten Fällen gebraucht werden sollte. (S. 492). Von dem wirksamsten Mittel, den Staatscredit zu heben und herzustellen, der Controle durch die Stände und der Oeffentlichkeit des Staatshaushalts, weiß sie ohnehin nichts.

Wir halten die gegebenen Andeutungen für genügend, um eine ungefähre Vorstellung von dem Geiste zu geben, dessen Kind die Wissenschaft von Lorenz Stein ist. Er ist so schlimm, daß wir nicht mit Ritter von Lang in seiner Entwicklung der deutschen Steuerverfassungen den Lesern die Worte des Phädrus zurückerufen können: *o cives,*

hoc, sustinete, majus ne veniat malum.

Nein! tiefer kann der hehre Name der Wissenschaft nicht herabgewürdigt werden, und wir hoffen, daß ihre würdigen Vertreter auf dem Ratheder und in der Literatur der Staatswissenschaften gegen jegliche Genossenschaft mit Lorenz Stein Verwahrung einlegen werden, wenn sie nicht sollten umhin können seines neuesten Werkes zu gedenken. Wir lieben nicht starke Worte; und hier würden unsere Gedanken in den stärksten nur einen schwachen Ausdruck finden können. Wir würden es für Oestreich beklagen, wenn seine studirende Jugend, seine Beamten und Notabeln mit diesem Buche angeleitet werden sollten, über die Mittel und Wege zur Besserung ihres Haushaltes für die unabwiesliche constitutionelle Periode ein Urtheil zu gewinnen. Aber sie werden dieses Buch mit dem Gefühle, daß es verdient, zurückweisen. Sie werden mit uns erkennen, daß Lorenz Stein Oestreich einen schlechten Dienst geleistet hat, indem er sich nicht entblödete, den Mißständen, welche Noth, Irrthum und verkehrte Politik herbeigeführt, ein wissenschaftliches Mäntelchen umzuhängen. Sie werden sich von ihm ab und den Männern der echten Wissenschaft zuwenden, deren Lehre, wenn nicht absolute Wahrheit, doch das Resultat ernster, aufrichtiger Studien und darum im Stande ist zur Wahrheit zu führen.

Die preussische Politik.

Der Prinzregent von Preußen erklärte zu Baden den versammelten Souveränen, daß es sein Bestreben sei, die Kräfte des deutschen Volkes zu größerer Einheit zusammen zu fassen, daß er diese größere Concentration bewirken

wolle ohne den deutschen Bund zu lockern, mit Schonung der divergirenden Interessen, daß er den gegenwärtigen Augenblick nicht geeignet halte, eine radicale Reform des Bundes vorzunehmen, daß er aber fest halte an den Forderungen, welche Preußen bereits beim Bunde gestellt habe. Von diesen Forderungen sind bis jetzt vier dem Volke bekannt: Bundeskriegsverfassung, Küstenbefestigung, Kurhessen, Schleswig-Holstein.

In mehreren dieser Forderungen, welche durch die drängenden Fragen des Tages veranlaßt worden sind, verhüllen sich höhere, über deren Tragweite man weder in Berlin, noch in den Cabineten der Mittelstaaten im Zweifel sein kann. Die Theilung des Bundesheers unter Preußens und Oestreichs Führung ist ausgegangen von dem Gedanken praktischer Zweckmäßigkeit bei einem Krieg gegen Westen. In militärischer Beziehung ist Oestreich für die Länder im Süden des Main das Hinterland, die große Reserve. Bei der vorwiegenden Neigung der dortigen Bevölkerung zu Oestreich würde ein Anlehn an ihres Heereskörpers an die östreichische Armee, so nahm man in Berlin an, populärer sein, als an die preußische; die Organisation, deren Durchführung in Jahresfrist Nothwendigkeit werden konnte, hatte auch nicht die kleinste Aussicht, sich durchzusetzen, wenn Oestreich ganz ausgeschlossen wurde. Daß diese an sich sehr verständigen Erwägungen nicht von den höchsten Gesichtspunkten ausgingen, darüber machte man sich auch in Berlin keine Täuschungen. Daß sie sich doch bis jetzt unausführbar gezeigt haben, und auch in der nächsten Zukunft wenig Aussicht auf Durchführung haben, das soll, so hoffen wir, dem preußischen Cabinet die Empfindung geben, daß es trotz aller militärischen Bedenken zuletzt unvermeidlich werden wird, nicht die Hälfte zu fordern, sondern das Ganze. Aber auch in der gegenwärtigen — sehr gemäßigten — Forderung liegt der Anfang zu einer radicalen Umformung mehrerer wichtigen Beziehungen der deutschen Bundesstaaten. Zunächst ein thatsächliches festeres Zusammenwachsen der einzelnen Contingente, eine andere Stellung der Bundesfestungen, ein geschlossenes System der Defension gegen das Ausland, in zweiter Linie auch engeres Zusammenfassen der diplomatischen Beziehungen zu den fremden Mächten.

Die Forderung der Küstenbefestigung leitet außerdem mit Nothwendigkeit zu den Anfängen einer deutschen Kriegsmarine und einer gemeinsamen Flagge der Nord- und Ostsee.

Die Forderung in Kurhessen, die Verfassung von 1831 wieder herzustellen, ist dem berliner Cabinet nicht nur eingegeben durch das Mitgefühl mit der rechtlosen Lage des kurhessischen Volkes, sondern sie ist vorzugsweise ausgegangen von dem Verlangen Preußens, die restaurirte Bundesversammlung, welche sich außer Stande gezeigt hat, den höchsten Interessen der Nation gerecht zu werden, in ihrer Competenz einzuschränken und für die nationale Entwicklung so wenig nachtheilig als möglich zu machen, bis die Zeit herankommt, dem Bunde eine zeitgemäßere Vertretung nach Innen und Außen zu geben.

Die Anschauungen, welche dieser Taktik zu Grunde liegen, sind, so müssen wir schließen, folgende. Es gibt für Deutschland zwei Wege, aus seiner Zerfahrenheit herauszukommen, der eine ist die Eroberung durch Preußen. Dieser Weg ist nicht zu betreten, denn die continentale Lage Deutschlands zwischen Rußland und Frankreich, sowie das eigenthümliche traditionelle Verhältniß zu Oestreich müßten eine sofortige kriegerische Einmischung des Auslandes herbeiführen, einen verzweifeltsten Krieg mit drei Mächten, von denen jede einzelne so groß ist als Preußen und die etwa annectirten Länder. Da Preußen keinen Fuß breit deutsches Land den Nachbarn opfern dürfte, so

würde ein solcher Krieg ein Kampf auf Tod und Leben mit sehr zweifelhaftem Erfolge sein, wie hoch man auch die deutsche Begeisterung schätzen möge, deren Preußen bei solcher Politik noch gar nicht sicher wäre. Friedrich der Große hat unter militärischen Verhältnissen, welche unendlich günstiger waren, im Cabinet und auf den Schlachtfeldern 23 Jahre um eine einzige Provinz gekämpft, und er hat, um sie zu erhalten, vieles an seinen deutschen Plänen opfern müssen. Und was war damals Frankreichs und Rußlands militärische Macht? Jetzt stehen zwei mächtige, kriegerisch starkgerüstete Gegner lauernd an Deutschlands Grenzen, bereit, bei erster Gelegenheit sich einzumischen. Gegen solches Eindringen fremder Heere und Politik ist das völkerrechtliche Band, welches nach Außen die deutschen Staaten zu einer, wenn auch sehr unvollkommenen Einheit verbindet, die einzige Schranke. Diese Schranke darf nicht gelockert werden. Was Preußen umformen will, muß es in der gegenwärtigen Lage Europas innerhalb des Bundes durchzusetzen wissen. Es ist ein langer und mühsamer Weg; aber er ist nicht ohne Hoffnung, ja nicht ohne sichere Aussicht. Preußen muß darauf verzichten, egoistisch für sich zu erobern, es hat die Aufgabe, fortwährend für den Nutzen des Ganzen einzustehen und Opfer dafür zu bringen. Es hat sich bei solcher Thätigkeit zu stützen auf den Patriotismus und die gemeinsamen Interessen der deutschen Nation; es hat zu versuchen, die Regierungen für sich zu gewinnen. In dem politischen Leben einer großen Nation drängt eine Frage die andere, Preußen hat dafür zu sorgen, daß es jede dieser Fragen in deutschem Sinne auffasse. Der Widerstand der Gegner ist nicht unüberwindlich, ja er hatte bis jetzt eine relative Berechtigung, denn die preußische Politik war durch eine Reihe von Jahren nicht so, daß sie den Bundesgenossen Achtung, Vertrauen oder Scheu hätte einflößen können.

So weit vermögen wir aus der Rede des erlauchten Herrn und aus den zuverlässigen Lebenaussagen seines Cabinetes die leitenden Ideen der preußischen Politik zu erkennen. Wir meinen, daß unsere Auffassung nicht ins Schöne färbt und nicht verkleinert, und es sei erlaubt, daß dies Blatt, auch eine Stimme aus dem Volke, seine Ansicht darüber ausspricht.

Mit Freuden hat die Nation den hohen Sinn begrüßt, in welchem der Prinzregent sein Verhältnis als Schutzherr Deutschlands auffaßt. Auch der Weg, auf welchem Preußen eine friedliche Consolidierung Deutschlands durchzusetzen vorhat, wird der Mehrzahl deutscher Patrioten willkommen sein, so ungeduldig der Feuereifer der Entschiedenen den langsamen und mühevollen Weg ansehen mag. Gern nehmen wir an, daß dieser Weg der beste ist, schon weil er bei den leitenden Persönlichkeiten als der einzig mögliche erscheint. Wissen wir doch, daß die innere Entwicklung eines Landes zum großen Theil durch die Verhältnisse des Auslandes bedingt wird, und die Idee der deutschen Einheit wird zuverlässig durch die europäische Politik nicht nur gehemmt, auch gefördert werden.

Gern rühmen wir die deutsche Politik Preußens als ehrlich, männlich und national und die Richtung, welche sie eingeschlagen hat, als die möglichst beste. Aber es kommt nicht allein auf den Weg an, welchen ein Mann schreitet, sondern vielleicht noch mehr darauf, ob er das Ziel, das er erreichen will, sicher in sich trägt und unverrückt ins Auge faßt. Es versteht sich, daß, wer etwas Großes will, auch über die Konsequenzen seines Thuns so klar sein muß, als dem Erdgebornen möglich ist.

Als Preußen den Bund zum Widerstand gegen die dänischen Uebergriffe in Schleswig-Holstein aufforderte, war es sich ohne Zweifel bewußt, daß, im Fall ihm gelänge, den Bund zu energischerem Auftreten zu veranlassen, das

Ende eine Bundesexequation und vielleicht ein Krieg mit Dänemark sein müßte. Als Preußen auf Revision und Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831 bestand, war seinen Staatsmännern ohne Zweifel deutlich, daß die Majorität der Gegner am Bunde möglicherweise eine gewaltsame Durchführung des Majoritätsbeschlusses decretiren könnte, und daß es dann Preußens Aufgabe sein würde, einer solchen Durchführung mit den äußersten Mitteln zu widerstehen. Das liegt nahe und ist selbstverständlich.

Aber weiter. Wenn Preußen die große Pflicht auf sich nimmt, Schutzherr des deutschen Bundes zu sein, so darf es auch die unumgänglichen Mittel nicht scheuen, den Widerstand, welchen ihm einzelne Regierungen in den Weg legen, zu überwinden. Es wird, um von Anderem zu schweigen, die dringende Aufgabe haben, der nationalen Partei, welche in der Presse und in den Kammern der einzelnen Staaten für dieselbe Idee arbeitet, loyale Förderung und im Nothfall Hilfe angedeihen zu lassen; es wird jede Gelegenheit benutzen müssen, um in die Cabinete seiner Bundesgenossen Männer zu führen, welche ihm nicht mit erbitterter Feindseligkeit entgegentreten; es wird nicht versäumen dürfen, mit unablässiger Thätigkeit die Stimmungen der Höfe und der einzelnen deutschen Stämme zu beachten, seine Regierung wird auch nicht verschmähen, das gesellschafliche und geschäftliche Verhalten der eignen Beamten und Militärs gegenüber den andern Deutschen sorgfältig zu überwachen und in förderlicher Weise zu dirigiren. Es scheint uns, daß in jeder dieser Beziehung noch viel zu thun ist.

In Wirklichkeit ist das Problem einer größern Concentration deutscher Volkskraft weder durch die preußische, noch durch andere deutsche Regierungen allein zu lösen, sondern vorzugsweise durch das deutsche Volk selbst. Sobald die Sehnsucht darnach so allgemein geworden ist, daß sie die Willenskraft einer großen Anzahl Individuen bewegt, so wird sie durchgesetzt werden. Der etwaige Widerstand einzelner Regierungen wird sich als völlig ohnmächtig erweisen. Die Schwierigkeiten, welche sich dem preußischen Cabinet unüberwindlich zeigen, schmelzen in Nichts, sobald die Völker selbst dafür in energische gesetzliche Bewegung kommen. Wir sind auch, darin keine Italiener, es bedarf bei uns keines Aufstandes, keiner geheimen Conspiration, keiner todesmüthigen Freischaaren. Die vorhandenen gesetzlichen Bahnen reichen fast in allen Theilen Deutschlands ganz allein aus, sobald erst in den einzelnen Territorien das reale und ideale Interesse an dieser Frage gehörig verstanden ist und eine wirkliche Begeisterung hervorruft. Die Deutschen haben noch wenig Ahnung davon, wie unwiderstehlich stark der friedliche Ausdruck einer starken Ueberzeugung auf die Cabinete wirkt. Der Nationalverein zählt gegenwärtig nicht mehr als etwa 6000 Mitglieder, er ist bis jetzt fast ausschließlich mit seiner eignen Organisation beschäftigt gewesen, welche dadurch schwierig wurde, daß seine Gründer zwei verschiedene Zwecke durch ihn erreichen wollten: politische Durchbildung der Vereinsmitglieder selbst für gewisse große Ideen, und zu gleicher Zeit eine politische Thätigkeit für dieselben Ideen. Eine Tendenz hat die andere bis jetzt zurückgehalten; und doch erschienen schon diese ersten Anfänge eines gemeinsamen Handelns hie und da im höchsten Grade gefährlich. Es wird angemessen sein, aus diesem einzelnen Fall einen Schluß zu ziehen auf die Wirkung, welche eine allgemeine Thätigkeit in der Presse und auf der Tribüne, sobald sie gestützt wird durch die entschiedenen Sympathien eines großen Theils der Bevölkerungen, auf die Gegner einer größern Concentration deutscher Kraft ausüben muß. Und wir sind allerdings der Ansicht, daß die preußische Regierung die weitem Fortschritte der deutschen Einheitsidee

getroßt den Vertretern derselben in der Presse und den Kammern der verschiedenen Staaten überlassen kann, und daß sie selbst nur die Aufgabe hat, indirect auf dieselben so weit sich zu stützen, daß sie ihr Vertrauen bewahren können, und daß sie im Nothfall für einen hohen geselligen patriotischen Kampf Schutz finden.

Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß mehre Regierungen Deutschlands auf gemeinsame Schritte denken, den Nationalverein zu unterdrücken. Es ist wohl möglich, daß in Kurhessen und Hannover dergleichen projectirt wird; es scheint uns aber mißlich, etwas zu beginnen, was sich gar nicht ausführen läßt. Eine Regierung kann ihren Bürgern verbieten, in auswärtigen Lotterien zu spielen, in geheime Gesellschaften zu treten und Aehnliches, sie kann aber keinem unabhängigen Mann verwehren, eine Eisenbahnfahrt zu machen, um sich mit einigen Gleichgesinnten zu besprechen, einen Geldbeitrag an gute Freunde zu übermachen, sie kann nicht verwehren, daß die höchsten Interessen des Vaterlandes bei jeder geselligen Zusammenkunft besprochen, in jeder Nummer ihrer Zeitungen vorbereitet, in Petitionen und Adressen ausgedrückt, auf der Rednerbühne ihrer Ständeversammlung verkündigt werde. Der Nationalverein ist kein Geheimbund, seine Statuten, ja seine Organisation kann er aufgeben, und doch fortbestehen, er kann seinen Namen ablegen, seine Mitglieder von jeder, auch der harmlosesten Verpflichtung entbinden, und er vermag, so weit wir sein Wesen kennen, doch fortzubestehen und zu gedeihen. Es scheint uns ein fruchtloser und gefährlicher Weg, durch ein System von Präventiv- und Polizei-Maßregeln einen Geist bannen zu wollen, der beinahe der ganzen Intelligenz der Nation als ein guter Geist erscheint. Eine polizeiliche Ueberwachung kann nur da von Erfolg sein, wo das sittliche Gefühl der Gebildeten mit ihr im Bunde ist, oder doch nicht gegen sie steht, im entgegengesetzten Fall wird sie nicht nur ohnmächtig sein, sondern wahrscheinlich noch dazu beitragen, das Verfolgte populärer zu machen. Wenn heute eine Regierung durch solche Schritte bemüht ist, Hunderte ihrer Bürger vom Nationalverein zu lösen, so wird sicher morgen eine neue, ganz gesellige Form gefunden werden, in welcher Tausende für dieselben politischen Ideen eine Vereinigung finden.

Während in der deutschen Frage das Volk selbst in den geselligen Bahnen die Hauptarbeit zu thun hat, ruht die Vertretung der deutschen Interessen gegenüber dem Auslande schon jetzt thatsächlich allein in den Händen des preußischen Cabinets. Auch die Nation hat hierbei nur Stimmungen und Wünsche. Und hier kann nur gesagt werden, wie sich, nach unserem Erkennen, die intelligenten Deutschen zum Heil Preußens und Deutschlands die Action der preußischen Politik wünschen.

Seit der Prinzregent von Preußen verweigert hat, sich der neuen Eroberungspolitik des Petersburger Cabinets anzuschließen, ist Preußen in erster Linie auf eine Allianz mit England angewiesen. Es ist ein europäisches Unglück, daß das gegenwärtige Whigministerium Mangel an Zuverlässigkeit und Energie zeigt. Demohngeachtet ist für England die Nothwendigkeit eines Anschlusses an Preußen wenigstens eben so groß, und mit hoher Wahrscheinlichkeit ist darauf zu rechnen, daß die Ereignisse der nächsten Zukunft die Beziehungen der beiden Staaten inniger machen werden. Die beste Bürgschaft dafür liegt in der dauernden Annäherung, welche die öffentliche Meinung Englands auf Preußen zu macht, denn die Volkstimmung ist die Fluth, auf welcher die bewegliche Barke des englischen Ministeriums zu uns herantreibt.

Nicht so günstig steht es mit Oestreich. Möge man in Berlin nie auf eine dauernde und herzliche Verständigung mit einem System rechnen, welches

nicht nur durch Staatsmänner, sondern auch durch Priester consecrirt wird. Auch dort vollendet sich ein großes Schicksal. Die Schäden dieses Staates sind innig verbunden mit den Familien-Traditionen des erlauchten Hauses, welches so verschiedene Völker durch seinen Scepter zusammenhält, und nicht nur die Regierenden, auch die Regierten haben dort sehr viel zu lernen und eben so viel zu vergessen, bevor eine neue energische Arbeit der Volkskraft den Leiden dieses alten Staats helfen kann. Wenn dort jetzt Alles Zweifel und Unsicherheit ist, so wird nur Eins fest bleiben, das tiefe Gefühl des Gegensatzes gegen das junge, protestantische, volksthümliche, steigende Preußen. Das muß ertragen werden. Sollte aber zwingende Noth dem wiener Cabinet die Selbstüberwindung geben, die dargebotene Hand Preußens anzunehmen, so wird, wir vertrauen fest, die Hingabe des berliner Cabinets nie so groß sein, daß in eine Garantie von Venetien gewilligt würde.

Denn die natürlichen Verbündeten Preußens in Europa sind in der gegenwärtigen Weltlage alle die Staaten zweiten Ranges, welche durch übermächtige Nachbarn in ihrer Selbstständigkeit bedroht, großer Allianzen dringend bedürfen. Der erste dieser Staaten ist Piemont und das freie Italien. Nichts Willkommeneres kann für Preußen im Mittelmeer heraufwachen, als eine Macht, deren natürlicher Feind das übergreifende Frankreich und die despotischen Ueberlieferungen der alten spanischen Monarchie sind. Die zweideutige Protection, welche Frankreich dem turiner Cabinet noch gewährt, naht ihrem Ende. Der Tag ist vorauszusehen, an welchem die italienische Bewegung so weit gestiegen ist, daß Frankreich mit offener oder versteckter Feindseligkeit gegen sie arbeitet. Sobald diese Empfindung in Italien allgemein wird, ist die Stunde zu einer Annäherung zwischen Preußen und Piemont gekommen. Es muß dem berliner Cabinet unwesentlich sein, ob die nationale Macht eines selbstständigen Italiens legitim oder revolutionär, durch Garden oder durch Garibaldianer erfochten ward, jedes Volk erzeugt eigenthümliche Bildungen, und die unsaubere Wirthschaft des alten Regiments war in diesem Lande nicht durch maßvolle Loyalität fortzuschaffen.

Noch leichter als in Italien wird ein inniges Einvernehmen mit Schweden und mit Belgien sein. Es ist offenbar mehr die Aufgabe Preußens, als Englands, eine solche Vereinigung herbeizuführen. Eine solche Allianz, deren Mittelpunkt das berliner Cabinet sein müßte, würde mit unwiderstehlicher Gewalt auch das widerwillige Oestreich zum Anschluß zwingen, sie würde die Ruhe Europas sichern und sie würde am sichersten dazu helfen, auch Deutschland zur Einigung zu bringen.

Zum Schlusse noch ein bescheidener Wunsch. Mit Freude und Stolz haben die Deutschen von der energischen Sprache vernommen, mit welcher Preußen in diesem Frühjahr den russischen Machinationen gegen die Türkei entgegentrat. Möge das preussische Ministerium des Auswärtigen keine Gelegenheit versäumen, in den schwebenden Fragen Europas mit lauter Stimme einen festen Willen auszusprechen. Bei jeder, auch bei geringfügigen Veranlassungen soll sein Wort gehört werden. Möge die Sprache seiner Noten kräftig sein, wie der Wille. Dann mag mit dem Fürstenbesuch in Baden eine neue Zeit für Preußen herankommen, denn der Tag ist gekommen, wo es sein Wort und sein Schwert wieder rühmig, energisch und entscheidend in alle große Actionen Europas zu werfen hat, wie zu der Zeit des großen Kurfürsten und Friedrich des Zweiten. ♀

Herausgegeben von Gustav Freytag und Julian Schmidt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch

Verlag von F. L. Herbig — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.